

TarifSchnellinfo

FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE
IN BERLIN, BRANDENBURG UND SACHSEN



IG METALL BEZIRK
BERLIN-BRANDENBURG-
SACHSEN

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

der Vorstand der IG Metall hat heute Morgen in einer Sondersitzung – nach vorherigen intensiven Diskussionen in den Tarifkommissionen – beschlossen, die Arbeitgeberverbände aufzufordern, ein »Moratorium für einen fairen Wandel« einzugehen. Der Text ist als Anlage beigefügt.

Die IG Metall geht die Herausforderungen der Transformation selbstbewusst und mit einem klaren Ziel an: Die Beschäftigten brauchen Sicherheit und eine gerechte Teilhabe in Zeiten des Wandels. Und dies gilt für alle: Der solidarische Schutzschirm einer starken IG Metall gilt für die Beschäftigten in großen Konzernen wie in kleinen Zulieferbetrieben. Er gilt für die Stammbeschäftigten genauso wie für die Leiharbeits- und Werkvertragsbeschäftigten. Das ist unsere Stärke: **Solidarität ist unteilbar.**

Ohne Zweifel stehen viele Unternehmen aktuell oft vor der doppelten Herausforderung des strukturellen Wandels und der konjunkturellen Eintrübung. Die Kurzschlussreaktion vieler Arbeitgeber läuft auf Personalabbau und Standortschließung hinaus. Damit finden wir uns nicht ab! Wir wollen berufliche Perspektiven für alle Mitglieder!

Daher dieser Vorschlag eines Moratoriums für fairen Wandel. Lassen sich die Arbeitgeber darauf ein, werden wir zügig in Verhandlungen eintreten. Ein Moratorium beschreibt einen Zeitraum, in dem ohne gegenseitige Bedrohung verhandelt werden kann. Dies erfordert, dass die Arbeitgeber bis zum Abschluss eines Tarifvertrages auf einseitige Ankündigungen zu Personalabbau, Standortschließungen und Auslagerungen verzichten. Wir erklären uns bereit, unmittelbar in regionale Verhandlungen einzutreten – mit dem Versuch, noch während der Friedenspflicht die wesentlichen Punkte des Zukunftspaketes zu verhandeln.

Der Vorstand wird in seiner Sitzung am 4. Februar 2020 auf Basis der Diskussionen in den Betrieben die Zielsetzungen präzisieren. Hier sind dann auch weitere bundesweite und regionale Themen Gegenstand der Beratung. Breite Übereinkunft besteht bei der Notwendigkeit, auch die dual Studierenden in die Geltungsbereiche unserer Tarifverträge einzubeziehen. Weiter müssen wir uns mit der betrieblichen Altersvorsorge beschäftigen. Eine Mindestforderung ist hier, dass die vom Arbeitgeber eingesparten Sozialversicherungsabgaben bei der Entgeltumwandlung den Beschäftigten zu Gute kommen. Und last but not least steht

die Forderung unserer ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen, bei der Angleichung der Tarifbedingungen einen Durchbruch zu erzielen.

Ein Moratorium bedeutet keinen Stillstand; weder am Verhandlungstisch noch in den Betrieben. Es richtet sich an die Arbeitgeber, auch an Eure! Daher werden wir die Zeit bis zum Ende der Friedenspflicht nutzen, die Arbeitgeber mit der Forderung der Belegschaften zu konfrontieren: Wir wollen Sicherheit und Perspektiven im Wandel! Wir werden in möglichst vielen Betrieben die Belegschaften auffordern, unserer Forderung ihre Zustimmung zu geben. Es geht um das Votum der Kolleginnen und Kollegen. Näheres hierzu wird zeitnah in den Bezirken und Geschäftsstellen besprochen.

Sollten sich die Arbeitgeber nicht darauf einlassen oder sich am Verhandlungstisch nicht bewegen, stehen wir vor einer harten Auseinandersetzung. Sollte keine Verständigung in der Friedenspflicht möglich sein, werden wir die Zukunftssicherung und Entgelterhöhung erzwingen müssen. Daher müssen wir uns mit der gleichen Sorgfalt wie in jeder Tarifrunde auch auf eine Zuspitzung vorbereiten. Alle Bezirke entwickeln für diesen Fall Arbeitskempfkonzepte.

Gemeinsam für die Angleichung der Arbeitsbedingungen und eine faire Zukunft!

Stefan Schaumburg,
IG Metall Bezirksleiter
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

